

Erklärung der Personalversammlung der IGS Nordend – gemeinsam mit weiteren Schulen aus Hessen

Sehr geehrte Damen und Herren des HKM, des Hauptpersonalrats, der Schulpolitischen Vertretung und des Landtags,

wir sind davon überzeugt, dass gelebte Inklusion in der Gesellschaft und speziell in Schule einen Mehrwert für alle Beteiligten mit sich bringt, wenn sie so gelebt wird, wie es in der UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 vorgesehen ist.

Damit Inklusion gelingen kann, braucht es Personal und Geld. Seit fast 10 Jahren gibt es in Hessen eine Verordnung mit der Abkürzung VOSB. Dort ist im §13 festgeschrieben, wie viele Förderschullehrer*innenstellen einer inklusiv arbeitenden Schule zustehen:

§13 (2) „Einer Schule (...) stehen für jeweils sieben Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem Anspruch auf sonderpädagogische Förderung rechnerisch zusätzliche Förderschullehrerstunden im Umfang einer Lehrerstelle zu (...).“

§13 (3) „Auf der Grundlage einer Entscheidung des Staatlichen Schulamts über eine ergänzende personelle Zuweisung (...) erhält eine Schülerin oder ein Schüler mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung eine weitere zusätzliche personelle schülerbezogene Stundenzuweisung von bis zu sieben Förderschullehrerwochenstunden (...).“

Die Zahl der Förderschullehrer*innenstunden an Hessens inklusiv arbeitenden Schulen liegt deutlich darunter. Die Leidtragenden sind die Kinder, die nicht zu ihrem Recht kommen, also die Kinder, die es sowieso schon schwerer haben. Sie bekommen nicht die Förderung durch Förderschullehrkräfte, die sie für ihre Entwicklung und ihr Lernen brauchen. Sie bekommen nicht die Förderung, die ihnen laut Verordnung zusteht. Ihre Eltern vertrauen darauf, dass ihre Kinder wie im Gesetz festgelegt unterstützt werden. Sie hoffen auf Chancengerechtigkeit. Genau das ist aktuell aber nicht gegeben. Das Lernen ALLER Kinder ist erschwert. Keinem Kind werden wir auf diese Weise gerecht!

Aus dem Mangel entsteht Mehrarbeit, die auch von Lehrkräften (sowohl Förderschullehrkräften als auch Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen) oft bis weit über die Belastungsgrenzen hinaus geleistet wird. Dies führt zu Arbeitsbedingungen, die nicht mehr tragbar sind.

Inklusion in der jetzigen Form ist eine Mangelverwaltung auf Kosten derer, die jeden Tag Inklusion leben. Die Aufgaben werden mehr, die Ressourcen weniger.

Das Kultusministerium hält sich nicht an seine eigenen Verordnungen. Wir sind nicht mehr bereit, die Mangelverwaltung auszugleichen. Deshalb fordern wir:

- **die Förderschullehrer*innenstellen sofort auf den in der VOSB vorgesehenen Stand zu bringen, indem die inklusiven Schulbündnisse (IB) genügend Stellen zugewiesen bekommen, um sie in ausreichendem Maß sowohl an die Förder- als auch an die inklusiv arbeitenden Schulen verteilen zu können.**
- **die VOSB auch in den kommenden Jahren verlässlich einzuhalten.**
- **die Ressourcen zur inklusiven Beschulung auch darüber hinaus weiter auszubauen und die UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen endlich vollumfänglich umzusetzen.**

Die Personalversammlung der IGS Nordend Frankfurt am Main am 13. Juli 2022